

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen hier heute vor einer wichtigen Weichenstellung. Worum geht's es im Allgemeinen. Die E.ON Energie AG beabsichtigt, ihre Beteiligung an E.ON Westfalen Weser AG (auch „EWA“ genannt) an Kommunen und kommunale Unternehmen im Netzgebiet der EWA zu veräußern. Die neue Gesellschaft soll dann 100% der EWA-Anteile halten. Die EWA soll so umgebaut werden, dass sie nur noch als reiner Netzbetreiber am Markt auftritt.

Uns wurde gesagt, als Netzbetreiber können wir die Energiewende mitgestalten. Mir wurde bisher noch nicht klar, wie das gehen soll. Ein Netzbetreiber kann nur, nein er muss sogar, auf das reagieren, was die Erzeuger tun. Dies sind aber heute nicht mehr nur die großen Energieversorger mit ihren Kraftwerken, nein, jeder kann heute Stromerzeuger sein und niemand kann ihnen heute sagen meine Damen und Herren, wer wann wie was wo machen wird. Wieso sollen wir ausgerechnet in einer Zeit, in der unser Energiemarkt völlig im Wandel ist und niemand genau weiß, wie zukünftig Strom produziert wird und wie der optimale Energiemix der Zukunft aussehen soll, in diesem Markt einsteigen? Die Netze stehen vor einem enormen Umbau. Bisher hatten wir es mit einem System zu tun, welches über Höchst- und Hochspannungssysteme und Niederspannungssysteme immer nur in eine Richtung, nämlich vom Erzeuger zum Verbraucher den Strom verteilte. Heute benötigen wir ein Netzsystem, indem Abnahme und Verbrauch in einem Mix von Kleinst- und Großmengen in jeder Richtung möglich sein muss. Immer mehr Hausbesitzer denken darüber nach, energieautark zu werden. Vielleicht brauchen manche Siedlungen, Ortschaften, Stadtteile bald kein Netz. Man hört überall von Problemen im Netzausbau, man hört von Problemen bei der Stromverteilung, bei der Stromspeicherung und

der Rentabilität von Grundlastkraftwerken. Warum sollen wir jetzt einsteigen?

Eon Westfalen-Weser ist 2001 durch die Verschmelzung der regionalen Energieversorger EMR (Herford), Wesertal (Hameln/Detmold) und Pesag (Paderborn) entstanden.

Nur 12 Jahre hatte also diese neue Konstruktion Bestand und steht nun wieder vor einem Umbau. Worüber reden wir heute? Wir planen in einem Zeitraum von 25 Jahren. Das ist doch absurd, wenn wir glauben, wir können bei der schnelllebigen Entwicklung heutzutage da von langfristigen stabilen Parametern ausgehen. Neben der Eon AG, die 63 Prozent der Anteile hält, sind mehr als 30 Kommunen der Region Gesellschafter. Die größten Anteile halten die Städte Herford 10% und Paderborn 11%.

Es versteht sich von selbst, dass sich hier die verschiedensten Interessenlagen in der Region finden. Diejenigen, die bereits im größeren oder kleineren Maß Beteiligungen halten, werden die Diskussion um die Rekommunalisierung des Stromnetzes wahrscheinlich anders führen, als diejenigen, die bisher noch keine Beteiligung an der EWA halten. In verschuldeten Kommunen mit angespannter Haushaltslage anders als dort, wo man finanziell noch relativ gut da steht, zudem spielt es sicher auch eine Rolle, ob man mit seinen Stadtwerken schon im Energiegeschäft unterwegs ist oder Neuland betritt.

Den Kommunen im Versorgungsgebiet wurden Angebote unterbreitet, sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen und aufgefordert eine unverbindliche Absichtserklärung abzugeben. Zum überwiegenden Teil, so auch von uns, wurde von den betroffenen Kommunen eine solche Absichtserklärung auch abgegeben, allein schon aus dem Grund, da es nur so möglich war, genauere Akteneinsicht zu bekommen. Die Befürworter interpretierten in den Medien das schon als Zustimmung und machten Druck auf die, die noch zögerten mit dem Argument, die anderen sind ja auch dafür.

Aber genau dieses Argument zieht hier nicht. Erstens ist die Absichtserklärung unverbindlich und somit noch keine Zusage und zweitens hilft hier nicht nur zu schauen, was machen die anderen, dazu sind wie bereits beschrieben die Ausgangslagen zu unterschiedlich und das Thema zu komplex.

Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten durch viele Aktenordner gekämpft, haben Veranstaltungen besucht und uns mit Kommunalpolitikern aus OWL intensiv beraten.

Und es sieht auf dem ersten Blick alles so verlockend aus. Eine Rendite von 5-6 % oder mehr wird prognostiziert und das ohne Risiko. Die Finanzierung erscheint leicht, denn die Kommunen müssen nur 10 Prozent des Kaufpreises selbst finanzieren der Rest wird von der künftigen Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG als Kredit mit einer Laufzeit von 25 Jahren bereitgestellt. Durch Bürgschaft haften aber die Kommunen zu 100%.

Die zu erwartenden hohen Investitionen in das Netz, die aufgrund der Energiewende erforderlich sein werden, man geht von bis zu 60 Millionen Euro jährlich aus, sieht man gelassen, denn durch das staatlich von der Bundesnetzagentur regulierte Netzentgelt bekommt man die Investitionen wieder rein wird behauptet.

Für uns liberale gilt die Regel, privat vor Staat. Insofern liegt es schon in der Natur der Sache, dass liberale bei einem solchen Prozess sehr kritisch und genau hinsehen.

Ich gebe zu bedenken, wie wenig beständig manchmal die große Politik ist. Der rasante Wechsel von der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke hin zum Atomausstieg, der sogenannten Energiewende, sei hier nur als Beispiel genannt. Es wird immer wieder gesagt, das Netzgeschäft ist ein sicheres Geschäft, denn man hat mit dem Netz eine Monopolstellung. Das ist nur bedingt richtig. Den Vorteil, den ein echtes Monopol bringt, nämlich das man als einziger Anbieter den Preis in hohem Maße kontrollieren kann, haben wir nicht. Wie sicher sind also

Investitionen in ein Geschäft, bei dessen Preisgestaltung eine Bundesnetzagentur das entscheidende Wort mitredet? Ist sie die Garantie oder das Risiko, wenn der Stromkunde und Wähler sich über immer stärker ansteigende Strompreise beklagt?

Ich möchte hier nun noch kurz auf einen Artikel der Zeitschrift „Die Welt“ vom 12.04.13 aufmerksam machen. Dort warnt der Präsident der Bundesnetzagentur Jochen Homann vor den Risiken einer Kommunalisierung der Netze und schreibt, Kommunen gehen von falschen Voraussetzungen aus und dürften die Investitionen in den Bau und die Wartung der Stromnetze nicht unterschätzen.

Mit diesem Gedankensplitter im Kopf wünsche ich ihnen weiter gute Beratung und eine weise Entscheidung.

Wir werden einer Beteiligung nicht zustimmen und beantragen namentliche Abstimmung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.